



24.01.2022

Sehr geehrter Herr Stephan Weil,
sehr geehrte Frau Hanna Naber,
sehr geehrte Frau Johanne Modder,

basierend auf unseren gemeinsam geführten Schriftverkehr von vor der Kommunalwahl, möchten wir nun mit Ihnen einen gemeinsamen Weg in Richtung Landtagswahl ausloten.

Nach wie vor steht bei uns und einer überwältigend großen Mehrheit der Einwohner Niedersachsens natürlich die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Fokus. In vielen Gemeinden haben die erzielten Ergebnisse der Kommunalwahl die Wählerstimmung gespiegelt. In den vielen neu gegründeten Wählergemeinschaften unseres Bündnisses stand dieses Thema im Vordergrund, so dass sich Mehrheitsverhältnisse verändert haben und Strabs-Befürworter nicht wiedergewählt wurden.

Andere Mitglieder der Bürgerinitiativen haben sich den Parteien angeschlossen, die für die Abschaffung sind. Abermals möchten wir darauf hinweisen, dass die Straßenausbaubeiträge unsozial und ungerecht sind, so wie es bereits neun Bundesländer erkannt haben.

Auf Bundesebene betont Ihre Partei gern das menschliche Grundbedürfnis nach Respekt, für den Gleichheit und Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft elementar sind. Der Arbeitsminister bezeichnet die geplante Erhöhung des Mindestlohnes gern als Respekt gegenüber den hart arbeitenden Gruppen, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind. Dies haben uns die letzten zwei Jahre mehr als deutlich gemacht. Dieser Respekt darf sich aber nicht nur auf Erwerbstätigkeiten beschränken, sondern muss auch auf Landesebene den Mitbürgern entgegengebracht werden, die ihr Leben lang hart und unter Entbehrungen für ein Wohneigentum gearbeitet haben, oder den jungen Familien, die ein, häufig renovierungsbedürftiges, Haus erworben haben. Beide Gruppen stellen sich mehrheitlich auch der gesellschaftlichen Herausforderung des notwendigen ökologischen Umbaus. Rücklagen werden benötigt und genutzt, um eine energetische Sanierung der Immobilie durchführen zu können, sofern diese Mittel nicht durch Straßenausbaubeiträge abgeschöpft werden, da durch das Land den Gemeinden keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die in die Jahre gekommene Infrastruktur zu erhalten.

Für die kommende Landtagswahl möchten wir deshalb auf einige Punkte hinweisen:

- Da das Thema Strabs weiterhin den Bürger / die Wähler beschäftigt und die Kommunalwahl gezeigt hat, dass dies ein sensibles Thema für die Menschen im Land ist, bitten wir Sie, die Abschaffung der Strabs in Ihr Wahlprogramm aufzunehmen.
- Laut einer Erhebung des NBgS haben mittlerweile knapp 45 % der Kommunen keine Strabs mehr. Dadurch wird der Flickenteppich und die deutliche Ungerechtigkeit immer größer. Auch die kleine „Reform“ wurde von den Kommunen kaum umgesetzt und bringt dem einzelnen Bürger keinerlei wirkliche Entlastung, die hohen Beiträge bleiben weiterhin auf den Schultern der davon betroffenen Bürger.
- Für eine Darstellung Ihrer Partei im NBgS schlagen wir ein kurzes gemeinsames Treffen in kleiner Runde im Landtag vor, um vorab einige Details für eine Wahlkampfstrategie zu besprechen. Hierfür schlagen wir ein Zeitfenster in den nächsten 3 Wochen vor.

Wir freuen uns auf Ihren Terminvorschlag und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

NBgS Lenkungsgruppe

i.A. Angelika Flohr-Flögel Edmund Nürnberg Maren & Michael Zacharias